

Antrag zur Kreismitgliederversammlung am 27.10.2022.

Antragsteller: Kreisvorstand FDP Rems-Murr

Antrag:

Keine Mobilitätsabgabe im Rems-Murr-Kreis

Der Kreisvorstand der FDP Rems-Murr beantragt, die Kreismitgliederversammlung der FDP Rems-Murr möge beschließen:

Eine Nahverkehrsabgabe oder jede andere Form einer Mobilitätsabgabe im Rems-Murr-Kreis wird als Finanzierungsinstrument für den ÖPNV abgelehnt.

Begründung:

Das Land arbeitet an einem Gesetzentwurf, um die rechtliche Grundlage zur Einführung des Mobilitätspasses im Jahr 2023 zu schaffen. Der Rems-Murr-Kreis ist als sogenannte Modellkommune an diesem Projekt beteiligt. Informationen dazu gibt es so gut wie keine. Nach Einschätzung des FDP-Kreisverbandes Rems-Murr soll es dazu dienen, der vom Land angestrebten Drittnutzerfinanzierung für den ÖPNV zur Einführung zu verhelfen.

Diese Einschätzung ergibt sich daraus, dass die Vorgabe des Landes von den Projektpartnern verlangt, sich zwischen vier vorgegebenen Abgabe-Formen zu entscheiden. Das Ergebnis, dass die Kommunen keine Abgabe wählen, ist nicht vorgesehen: „In einem gemeinsamen Projekt mit Modellkommunen und den Kommunalen Landesverbänden werden aktuell die folgenden vier Varianten des Mobilitätspasses untersucht“, zählt Winfried Hermann in einem Brief an den FDP-Kreisvorsitzenden Jochen Haußmann MdL auf, allerdings ohne konkrete Beträge zu nennen:

- Mobilitätspass für Kfz-Nutzerinnen und Kfz-Nutzer („Straßennutzungsgebühr“)
- Mobilitätspass für Einwohnerinnen und Einwohner („Bürgerticket“)
- Mobilitätspass für Kfz-Halterinnen und Kfz-Halter („Nahverkehrsabgabe“)
- Mobilitätspass für Arbeitgeber („Arbeitgeberabgabe“)

Der FDP-Kreisverband Rems-Murr lehnt es ab, mit dem geplanten Mobilitätspass des baden-württembergischen Verkehrsministeriums eine irgendwie geartete zusätzliche direkte Abgabe im Rems-Murr-Kreis

einzuführen, durch welche die Kommunen die Menschen zusätzlich belasten sollen, während das Land sich entlastet. In einer Zeit, in der die Bürgerinnen und Bürger und auch die Unternehmen mit Inflation, hohen Energiekosten und Zinsen belastet sind, ist es nicht verantwortbar, den Mobilitätspass durch die Bürgerinnen und Bürger bzw. die Unternehmen zu finanzieren, wie es Minister Hermann plant.

Der FDP-Kreisverband Rems-Murr stellt dazu fest, dass das Land mit dieser Abgabe einen neuen Finanzierungsweg beschreiten will, obwohl es Gelder des Bundes für diesen Zweck erhält: Wenn Minister Hermann eine Mobilitätsgarantie schaffen möchte, kann er statt einer Mobilitätsabgabe die sogenannten Regionalisierungsmittel einsetzen und gegebenenfalls mit eigenen Mitteln aufstocken. Die Regionalisierungsmittel erhält er aus der Bundeskasse. Es ist geplant, diese im Zuge der Einführung eines 49-Euro-Tickets zu erhöhen. Damit ist das Projekt Mobilitätsabgabe obsolet, zumal es ohnehin einer ausreichenden Rechtsgrundlage entbehrt. Wir sollten den Bürgerinnen und Bürger im Rems-Murr-Kreis nicht noch zusätzlich mit einer weiteren Abgabe in den Geldbeutel greifen.

In den letzten Jahren wurde der ÖPNV im Rems-Murr-Kreis und der Region schon deutlich verbessert. Das Busangebot wurde in den letzten Jahren ausgebaut. 2021 waren durch die Ausdehnung des 15-Minuten-Takts laut Verband Region Stuttgart rund 6 Prozent mehr Züge im Einsatz als 2020 und durch die Ausweitung des Einsatzes von Langzügen ergab sich eine siebenprozentige Steigerung der Sitzplätze werktags im Vergleich zu 2020. Es geht aber nicht nur um weitere Taktverdichtungen. Ein Umstieg auf den ÖPNV oder eine Kombination zwischen individueller Mobilität und ÖPNV gelingt nur, wenn Qualität und Zuverlässigkeit eine hohe Attraktivität des ÖPNV gewährleisten.